



An den Lärmschutzbeirat des Verkehrslandeplatzes Merzbrück – jetzt „Lärmschutzbeirat des Forschungsflugplatzes Würselen-Aachen GmbH“

1985 wurde auf Anregung der **Bürgerinitiative Merzbrück** durch die Landesregierung NRW der „Lärmschutzbeirat des Verkehrslandeplatzes Merzbrück“ ins Leben gerufen.

Der damalige Betreiber des Verkehrslandeplatzes wurde von der Landesregierung beauftragt, Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen und die entsprechende Administration zu tätigen.

Heute müssen die Menschen aus der direkten Nachbarschaft des Flugplatzes sowie der Städtereion Aachen feststellen, dass in all den Jahren keine verlässlichen Verbesserungen hinsichtlich des Fluglärms eingetreten sind.

Im Gegenteil: Die Flugbewegungen als potentielle Lärmquellen haben sich in den letzten Jahren gesteigert. Maßnahmen zur Reduzierung der Art und Anzahl der Flugbewegungen blieben aus. Mit dem Ausbau der Entwicklung und Forschung ist kaum eine Verringerung der Flugbewegungen zu erwarten. Die Zahlen werden vermutlich in der Zukunft steigen.

Im Gegenteil: Es wird immer nur auf die weniger werdenden oder fehlenden Beschwerden der Bürger und Bürgerinnen hingewiesen. Diese haben es aber aufgegeben, sich zu beschweren, da es „keinen Sinn“ hat. Auch werden Beschwerden und Anzeigen bei der Bezirksregierung systematisch und grundsätzlich abschlägig beschieden, da keine rechtliche Verfolgung möglich ist. Wir haben dazu recherchiert und die Erkenntnis gewonnen, dass trotz anders lautender Aussagen keine zuverlässige Beschwerdestelle vorliegt, die die Angaben überprüft bzw. überprüfen kann.

Im Gegenteil: Es wurde Freiwilligkeit für Maßnahmen vereinbart und somit keine Verlässlichkeit für die vorgeschlagenen Verbesserungen geschaffen.

Die Einhaltung geltender Flugregeln wird vor Ort nicht überwacht, da die Zuständigkeit fehlt. Seit dem 01.01.2009 gibt es keine Flugaufsicht mehr. Ein Bediensteter der Betreibergesellschaft im Tower hat keinerlei Weisungsbefugnis gegenüber den Piloten (Quelle: 37. Sitzung LSB).

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat darüber hinaus kürzlich bestätigt, dass sie über keinerlei Kontroll-, Überwachungs- und Messtechniken verfügt, um Fehlverhalten von Piloten rechtlich zu verfolgen.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass es kaum ein anderes Fortbewegungsmittel gibt, das ohne jegliche Verkehrssicherung, verkehrsrechtliche Kontrolleinrichtungen und mit der Erlaubnis, die technische Nachverfolgbarkeit auszuschalten, sich frei im öffentlichen Raum und noch dazu über unseren Köpfen bewegen darf. Da sich in 39 Jahren nichts wirklich verbessert hat, gehen wir davon aus, dass auch kein ernsthafter Wille besteht, verlässliche Kontrollen einzuführen und eine spürbare Lärmreduktion anzupacken.

Hinzu kommt die skandalöse Verschwendung von Steuergeldern. Um den größtenteils von Hobby Piloten und für die Ausbildung von Hobby Piloten genutzten Flugplatz am Leben zu erhalten, werden Jahr für Jahr immense Summen von Steuergeldern für eine elitäre und umweltschädliche Freizeitbeschäftigung aus öffentlichen Haushalten unter dem Deckmantel der Wirtschaftsförderung aufgebracht.

Sogenannte „Lärmschutzmaßnahmen“ (wie z.B. die Verschwenkung der Landebahn) entpuppen sich im Nachhinein als Vorbereitung zum Ausbau des Flugplatzes als Ankerpunkt für ein zukünftiges, übertrieben großes Gewerbegebiet mit „flugaffinen Firmen und Forschungseinrichtungen“.

Der hochdefizitäre Flugplatz soll durch diese Maßnahmen am Leben erhalten werden. Das ist ein Vorgehen, was in keinem vertretbaren Kosten-Nutzen-Verhältnis steht. Auch die Argumentation über Prestigegewinne durch Flugverkehr von Kleinflugzeugen kann in der heutigen Zeit, wo der Schienenverkehr höchste Priorität haben sollte, nicht mehr überzeugen.

In der Gesamtbetrachtung können wir als ehemaliger Initiator des Lärmschutzbeirats, in dem heutzutage Lärmschutz keine Rolle mehr spielt, diesem Lärmschutzbeirat kein gutes Zeugnis ausstellen.

Dies resultiert unserer Meinung nach aus der mangelhaften Zusammensetzung des Beirats, in dem seit dem 4.4.2022 nur noch ein Vertreter aus der Bürgerinitiative zugelassen ist. Dadurch wird der Beirat zur Interessenvertretung der Piloten und einer prestigeorientierten Politik. Nicht zuletzt dient der Beirat zur Einschüchterung von Kritikern, die mit nur einer Stimme gegen 16 keine Chance haben, Forderungen aus der Bevölkerung durchzusetzen. Dieses Missverhältnis hat die Bürgerinitiative Merzbrück durch einen Antrag im Lärmschutzbeirat versucht zu korrigieren. Es sollten mehr Vertreter der lärmgeplagten Menschen aus der Region Mitglied im Lärmschutzbeirat werden und somit zumindest ansatzweise die Gleichverteilung der Interessen im Beirat gewahrt werden. Dieser Antrag ist jedoch von der Gesellschafterversammlung der Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH abgelehnt worden. Lediglich ein sachkundiger Bürger aus Stolberg darf zukünftig an den Sitzungen des Beirates teilnehmen. Das zeigt in aller Deutlichkeit, dass dem Lärmschutzbeirat nicht daran gelegen ist, tatsächlich die Stimmen von betroffenen Menschen aus der Region zu hören und mit ihnen gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Der Lärmschutzbeirat trägt seinen Namen somit zu Unrecht und dient nur als Alibi gegenüber den Kritikern der durch Steuergelder subventionierten Hobbyfliegerei.

Nach unserer inzwischen gewonnenen Auffassung ist die jährliche Sitzung des **Lärmschutzbeirats** eine reine Marketingveranstaltung der Betreibergesellschaft. Hier werden die Erfolge des Ausbaus des Flugplatzes ins positive Licht gerückt, um letztendlich die lärmende und umweltschädliche Freizeitfliegerei zu sichern und als „Heilsbringer für den Fortschritt“ zu manifestieren.

Darauf weist auch die Umbenennung des Schwerpunkts „**Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH**“ hin. Die lärmenden Kleinflugzeuge und Oldtimer werden wohl noch Jahrzehnte fliegen. Es ist wahrscheinlich und so wird es auch auf Plakaten dargestellt, dass der Flugplatz auch für Testflüge und größere Maschinen in Zukunft genutzt wird.

Der ursprüngliche Auftrag zum Schutz der Bevölkerung vor Lärmemissionen wird somit nicht ernsthaft verfolgt, der Flugbetrieb sogar eher geschützt und nach unseren Erfahrungen der Schutzgedanke sogar aufgegeben.

Der Beirat tagt nicht öffentlich, obwohl der Lärmschutz ein wichtiges Thema für die gesamte Öffentlichkeit darstellt. In der Geschäftsordnung vom 4.4.2022 heißt es unter §7 „Die vorsitzende Person unterrichtet umfassend die Öffentlichkeit über die Tätigkeit des Lärmschutzbeirats“. **Eine umfassende Information an die Bevölkerung findet jedoch nicht mehr statt.**

Wir fordern die anderen Mitglieder des Beirats auf, unsere Argumente ernst zu nehmen und verlässliche Maßnahmen mit messbaren Ergebnissen zur sofortigen Lärmreduktion vorzulegen.

Da der Beirat sich aber nicht mehr um den Lärmschutz für die Bevölkerung kümmert, ist dieser Beirat insofern als obsolet zu bezeichnen. Er kann somit nicht mehr als **Lärmschutzbeirat** bezeichnet und sollte in dieser Form abgeschafft werden.

Als mitverantwortlicher Initiator für die damalige Einrichtung eines Lärmschutzbeirates für den Verkehrslandeplatz Merzbrück, erklärt hiermit die **Bürgerinitiative Merzbrück** als **einzigste Interessenvertretung gegen den Fluglärm** und als Vertreter der Bevölkerung hiermit den Austritt aus diesem Beirat, solange die bisherige Zusammensetzung des Beirats beibehalten wird.

Als Bürgerinitiative wollen wir nicht mehr weiter als Feigenblatt einer prestigeorientierten, flugaffinen und klimaschädlichen Politik gegen die Bevölkerung und dem Steuerzahler dienen.

Würselen, den 02.11.2024

Die Bürgerinitiative Merzbrück

Kopie:

An den Vorsitzenden des Beirats, Herrn Nießen

Das Ministerium für Umwelt, Natur und Verkehr NRW

Die Bezirksregierung Düsseldorf

Die Bezirksregierung Köln

An die demokratischen Parteien der Stadt Würselen und der Städteregion

Die Presse in der Städteregion Aachen

Bürgerinitiative Merzbrück, c/o Block Services, Stuttgarter Str. 106, 70736 Fellbach

www.buergerinitiative-merzbrueck.de, buergerinitiative-merzbrueck@gmx.de

Mitglied der Bundesvereinigung gegen Fluglärm e.V.